

Liestal, 22. November 2018

Medienmitteilung

FDP lanciert eine Gesetzesinitiative als Alternative zur risikoreichen Spital-Grossfusion **Effizienzsteigernde Kooperationen bringen dem Patienten, Prämien- und Steuerzahler mehr Vorteile als ein nicht steuerbarer Moloch**

- Als Alternative zur Spitalfusion will die FDP Baselland effizienzsteigernde Kooperationen von kantonalen Spitälern mit Dritten fördern und damit das Kostenwachstum dämpfen – im Interesse der Patienten, Prämien- und Steuerzahler.
- Auf Grund der kostenintensiven Spitallandschaft des Kantons Basel-Stadt käme die Spitalfusion den Baselbieter Prämien- und Steuerzahler teuer zu stehen
- Der Kanton soll sich längerfristig von seiner problematischen Mehrfachrolle als Regulator, Besteller und Aufsichtsstelle verabschieden und sich auf eine zielführende Regulierung konzentrieren.
- Die FDP bekräftigt ihre Unterstützung für die angestrebte gemeinsame Gesundheitsplanung der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt.

Die FDP Baselland lanciert als Alternative zur Spitalfusion eine *Gesetzesinitiative, um die Kooperation von Spitälern zu fördern*. Die FDP ist überzeugt, dass Kooperationen von kantonalen Spitälern mit Dritten und die damit verbundene Schaffung von gemeinsamen Kompetenzbereichen zur Dämpfung des Kostenwachstums und zur Stärkung der Qualität von Gesundheitsleistungen beitragen. Die Gesetzesinitiative sieht daher vor, das kantonale Spitalgesetz mit der Vorgabe zu ergänzen, dass kantonale Spitäler mit Dritten effizienzsteigernde Kooperationen eingehen müssen, um ihren Leistungsauftrag zu erfüllen. Die von der FDP unterstützten Ziele der regionalen Gesundheitsplanung können mit effizienzsteigernden Kooperationen effektiver und effizienter erreicht werden als mit der geplanten Grossfusion. Die Grossfusion birgt sehr hohe Risiken und lässt auf der anderen Seite die alles entscheidenden Fragen rund um den konkreten Nutzen für Patienten, Prämien- und Steuerzahler mehrheitlich unbeantwortet.

Die FDP ist überzeugt, dass eine Fusion den *Baselbieter Prämien- und Steuerzahler stark belasten würde*. Basel-Stadt liegt heute mit jährlichen Subventionen pro Einwohner an die Gemeinwirtschaftlichen Leistungen (GWL) von 680 Franken an zweiter Stelle im kantonalen Vergleich. Andere Kantone mit Unispitälern kommen auf deutlich tiefere Werte: Im Kanton Bern sind es 129 Franken und im Kanton Zürich 121 Franken. Im Baselbiet liegt dieser Wert bei nur 71 Franken. Gemessen an der Anzahl Spitäler pro 100'000 Einwohnern ist Basel-Stadt mit 7,3 Spitäler schweizweit in der Spitzengruppe. In Baselland liegt dieser Wert mit 4,2 Spitälern deutlich tiefer. Mit einer Fusion würde der Kanton Baselland als Junior Partner in der neuen Spital-Gruppe einen grossen Teil seines Gestaltungsspielraums aufgeben. Die faktenunterlegten Bedenken der FDP Baselland gegenüber einer Grossfusion sind nicht neu. Die Fraktion hat ihre Positionen und Fragen mehrfach in den parlamentarischen Debatten eingebracht, fand darauf aber bisher wenig Gehör.

Die Freisinnigen bekräftigen ihre *Position für die angestrebte gemeinsame Gesundheitsplanung der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt*. Die FDP ist überzeugt, dass eine engere Zusammenarbeit und gemeinsame Ziele im Gesundheitsbereich dazu beitragen werden, die Kostenentwicklung zu dämpfen und somit die Prämien- und Steuerzahler zu entlasten. So bietet die gemeinsame Gesundheitsplanung gute Chancen, Versorgungsstrukturen effizienter zu gestalten

(zum Beispiel ambulant vor stationär), Doppelspurigkeiten aller Anbieter abzubauen und Zielkonflikte im Gesundheitswesen beider Kantone zu verringern.

Aus den parlamentarischen Debatten und den regierungsrätlichen Stellungnahmen bekommt man den Eindruck, dass es zur Fusion keine Alternative geben würde. Mit der Gesetzesinitiative will die FDP den Bürgerinnen und Bürgern *eine zielführende Alternative* zum nicht steuerbaren riesigen „Moloch“ anbieten. Die anvisierten Kosteneinsparungen der fusionierten Spitalgruppe von jährlich 70 Millionen Franken entsprechen nur fünf Prozent des Gesamtumsatzes. Diese Einsparungen könnten in einem effizient geführten Unternehmen, das gezielt effizienzsteigernde Kooperationen eingeht und sich auf wenige Kompetenzbereiche fokussiert - ohne risikoreiche Grossfusion - eingespart werden. Der Investitionsbedarf von über 3 Milliarden Franken in den nächsten 10 bis 20 Jahren ist gewaltig. Aus heutiger Sicht kann diese Summe nicht durch den Betrieb der Spitalgruppe erwirtschaftet werden und die Baselbieter Steuerzahler werden für die Finanzierung aufkommen müssen. Das Grossspital ist ein klares „Too Big To Fail“ Risiko, was zwangsweise zu hohen und unkontrollierbaren kantonalen Defizitgarantien und Ausgleichszahlungen führen wird.

Aus *Wettbewerbssicht* problematisch ist die *Mehrfachrolle des Kantons*, welche mit einer Fusion über Jahrzehnte hinaus zementiert würde: Er ist gleichzeitig Eigner, Regulator, Besteller von Leistungen und Aufsichtsstelle. Zielkonflikte und Wettbewerbsverzerrungen sind daher unvermeidlich. Die FDP Baselland erachtet es als langfristiges Ziel, dass der Kanton Gesundheitsdienstleistungen einkauft und nicht selber Institutionen betreibt. Die FDP Baselland will die regionale Gesundheitsversorgung auf den sich abzeichnenden Trend im sich rasch wandelnden Gesundheitswesen ausrichten: Eine regionale Gesamtplanung, welche über die Spitalliste und die Vergabe von Leistungsaufträgen gesteuert wird. Die FDP ist überzeugt, dass ein Gesundheits-Netzwerk von fokussierten und kooperierenden Anbietern, dazu beitragen kann, die Kosten bei gleichbleibender Qualität zu senken. Das KSBL sollte durch geeignete Massnahmen restrukturiert und das Angebot auf den zukünftigen Bedarf ausgerichtet werden. Das USB behält seinen Fokus als forschungsorientiertes Spital für die universitäre Medizin und die hiesige Life Science Industrie. Die angestrebte Konzentration der Fallzahlen in der Hochspezialisierten Medizin (HSM) ist auch ohne Fusion durch die gemeinsame Gesundheitsplanung realisierbar.

Auch aus *staatspolitischen Gründen* spricht sich die FDP gegen die Spitalfusion aus. Das geplante Eignerverhältnis an der neuen Spital-Aktiengesellschaft (66.6 Prozent BS, 33.4 Prozent BL) bedeutet, dass der Kanton Baselland in relevanten Fragen zum *Junior-Partner* wird, da die statutarisch geplante Sperrminorität von Baselland nur für wichtige Entscheide auf der Eignerebene (Generalversammlung) gilt. Und diese Juniorpartner-Rolle kostet den Kanton Baselland 11,4 Millionen Franken. Ein paritätischer Einkauf in die Aktiengesellschaft würde 145 Millionen Franken kosten. Diese ist eine finanzielle Belastung, welche das Baselbiet nicht tragen kann. Ebenso wenig tragbar ist das Risiko eines Kostenanstiegs nach der zwingenden Angleichung der Pensionskasse und der Löhne zwischen KSBL und USB. Weiter führt die geplante Konzentration der Orthopädie auf dem Bruderholz nach Ansicht der FDP nicht zu einer Kostendämpfung, sondern zu teuren Überkapazitäten in diesem Bereich.

Kontakt:

Rolf Richterich, Fraktionspräsident, 079 966 60 00, mail@rolf-richterich.ch

Sven Inäbnit, Landrat, 079 322 39 31, sven.inaebnit@bluewin.ch (erst ab 23.11. wieder erreichbar)